

## Anfragen zum Plenum in der 42. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Klaus Adelt**  
(SPD)

Bezugnehmend auf die Pressemitteilung des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz vom 2. August 2016, frage ich die Staatsregierung, wird die neue geplante, dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) unterstellte, Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz die Befugnis erhalten, Unternehmen der Lebensmittelbranche, die ihren Sitz bzw. ihre Produktionsstätten in kreisfreien Städten haben und damit in den Zuständigkeitsbereich der kommunalen Veterinärämter fallen, unangekündigt zu kontrollieren oder stimmt es, dass die entsprechende Zusammenarbeit lediglich auf freiwilliger Basis erfolgt, anders gefragt, wenn die neue Kontrollbehörde die Zuständigkeit für die Überwachung komplexer Betriebe von den Landratsämtern übernimmt, wer hat künftig die Zuständigkeit für die Überwachung komplexer Betriebe mit Sitz in kreisfreien Städten inne?

**Hubert Aiwanger**  
(FREIE WÄHLER)

Vor dem Hintergrund, dass es immer wieder Klagen über zu wenig Mobile Reserven an Schulen gibt, frage ich die Staatsregierung, wie viele Mobile Reserven (Zahl der Lehrkräfte und Stundenleistungen) jeweils für Grund- Mittel- und Realschulen (gegliedert nach Schulamtsbezirken) für das Schuljahr 2016/2017 in Niederbayern verfügbar sind?

**Inge Aures**  
(SPD)

Nachdem Herr M. am 8. September 2016 tot in seinem Zimmer im Bezirkskrankenhaus in Ansbach aufgefunden wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Todesursache hat die aufgrund nicht geklärter Todesursache bei Ausstellung des Totenscheines erfolgte Obduktion ergeben, haben weitergehende Ermittlungen aufgrund der von Zeugen am Leichnam festgestellten Hämatome und Verletzungen stattgefunden und welche Vorkehrungen gegen Selbstverletzungen bzw. Suizid wurden seitens des Bezirkskrankenhauses aufgrund der offensichtlich vorliegenden Selbstgefährdung des Verstorbenen getroffen?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.  
Peter Bauer**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem bei einer internationalen Prüfkaktion, an der sich das Bayerische Landesamt für Datenschutzaufsicht in Ansbach beteiligte, festgestellt wurde, dass „smarte“ Geräte enorme daten-

schutzrechtliche Defizite aufweisen, frage ich die Staatsregierung, wie diese unter diesen Gegebenheiten sicherstellen kann, dass das von Art. 2 des Grundgesetzes geschützte „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ geschützt wird und dass Verstöße verfolgt und letztendlich geahndet werden?

**Margarete Bause**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie soll sich nach dem 31. Dezember 2016 die Erstaufnahmeeinrichtung in der Bayernkaserne in München weitergestalten, inwieweit sind die Überlegungen vorangeschritten, die Erstaufnahmestrukturen umzuverlagern und soll in Fürstfeldbruck eine Erstaufnahmeeinrichtung entstehen (bitte die Detailplanungen sowohl für München als auch für Fürstfeldbruck benennen)?

**Susann Biedefeld**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Förderprogrammen unterstützt der Freistaat Bayern die Sanierung von Kirchen, welche Fördervoraussetzungen müssen hierfür gegeben sein und welche Fördersätze (bitte in Prozent der zuwendungsfähigen Kosten und Förderhöchstsätze) stehen zur Verfügung?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, waren der Bayerischen Polizei im Zusammenhang mit dem Mord in München-Giesing am 16. August 2016 psychische bzw. psychiatrische Erkrankungen oder Störungen (dies bezüglich Behandlungen, Selbstverletzungen, versuchte Selbsttötung oder Ähnliches) des Täters bekannt, falls ja, seit wann waren diese bekannt und welche Konsequenzen wurden hieraus unter anderem für die Gefährdungsanalyse und mögliche Maßnahmen in besagtem Stalking-Fall gezogen?

**Kerstin Celina**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie die aktuell zu beobachtende Kürzung der Masterplätze im Fach Psychologie (insbesondere an der Universität Würzburg) begründet wird, welche Erkenntnisse ihr über den Bedarf an Psychologinnen bzw. Psychologen und Psychotherapeutinnen bzw. Psychotherapeuten in den kommenden zehn Jahren vorliegen und welche Erkenntnisse ihr über die Berufsaussichten von Bachelorabsolventinnen und -absolventen im Fach Psychologie vorliegen?

**Dr. Hans Jürgen Fahn**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem die Staatsregierung in einer Anfrage zum Plenum des Abgeordneten Thomas Mütze (Drs. 17/13081) antworteten „für den Bau einer Ortsumgehung ist in der Regel kein Raumordnungsverfahren erforderlich“, frage ich diese, in welcher Form die beiden einstimmigen Beschlüsse des Niedernberger Gemeinderates vom 18. November 2014 und vom 13. September 2016 nun in die weitere Planung einfließen bzw. ob sich der Sulzbacher Gemeinderat und der Regionale Planungsverband (oder andere Gremien) jetzt noch offiziell (durch Beschluss) zu dem am 13. September 2016 gefassten Beschluss des Gemeinderats von Niedernberg äußern müssen und ob jetzt vorab ein Gesamtverkehrskonzept vom Staatlichen Bauamt Aschaffenburg erstellt werden muss, damit alle möglichen Alternativen adäquat geprüft wurden, bevor in FFH-Gebiete (FFH = Fauna-Flora-Habitat) eingegriffen wird?

**Günther Felbinger**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bachelorabsolventinnen und -absolventen bzw. Masterplätze in Psychologie gibt es an den entsprechenden bayerischen Universitäten gemäß den aktuellsten Zahlen im Vergleich zu den vorangegangenen vier Semestern (bitte aufschlüsseln nach Universitäten und untergliedert nach Bachelorabsolventinnen bzw. -absolventen und Masterplätzen), wie schätzt die Staatsregierung die derzeitige problematische Lage an der Universität Würzburg ein, die es Studierenden erschwert, eine vollwertige Ausbildung zum Psychologen bzw. zur Psychologin am selben Studienort abzuschließen, da binnen kurzer Zeit die Anzahl der Master-Studienplätze im Fach Psychologie für das aktuelle Wintersemester (2016/2017) gekürzt wurden und welche Maßnahmen zieht die Staatsregierung – angesichts der angespannten Lage hinsichtlich des Verhältnisses von Bachelorabsolventinnen und -absolventen und zur Verfügung stehenden Masterplätzen an den bayerischen Universitäten im Fachbereich Psychologie – in Erwägung, um die Anzahl der Masterplätze entsprechend der Bachelorabsolventen signifikant zu erhöhen?

**Markus Ganserer**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Wirkung von Kapitaldienstgarantien für Erwerber von Schienenfahrzeugen, die sich an SPNV-Ausschreibungen (SPNV = Schienenpersonennahverkehr) der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) erfolgreich beteiligten, auf den Wettbewerb unter den SPNV-Anbietern, z.B. auch Operate-Leasing-Anbietern, in welchen Fällen wurden Kapitaldienstgarantien abgegeben, warum nutzt die Staatsregierung nicht auch andere Modelle zur Erleichterung der SPNV-Fahrzeugfinanzierung wie Fahrzeugpool oder Baden-Württemberg-Modell, um für einen faireren Wettbewerb unter den SPNV-Anbietern zu sorgen?

**Thomas Gehring**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wird im Falle des Vorliegens mindestens einer der Voraussetzungen des § 2 Abs. 4 der Schülerbeförderungsverordnung (SchBefV) und entsprechender Übernahme der Beförderungskosten durch den zuständigen Landkreis, der entsprechende Landesanteil grundsätzlich von der Staatsregierung übernommen, wird der ca. 60-prozentige Landesanteil auch übernommen, wenn der Landkreis die sog. fiktiven Kosten übernimmt (also die Fahrkosten zur nächstgelegenen Schule des entsprechenden Profils, wenn die Schülerin bzw. der Schüler eine andere weitergelegene Schule des gleichen Profils besucht) und wie gestaltet sich die Übernahme des Landesanteils im Zusammenhang mit der Fahrtkostenübernahme zu Schulen, die an dem Pilotprojekt „InGym“ beteiligt sind?

**Ulrike Gote**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass Flüchtlinge nach ihrer Zurückweisung an den Grenzen zu Österreich, Tschechien und der Schweiz in bayerischen Justizvollzugsanstalten (JVA) untergebracht werden, auf welcher Grundlage dies geschieht und wie viele Flüchtlinge und minderjährige Flüchtlinge (begleitet und unbegleitet) in den Jahren 2015 und 2016 in den JVA untergebracht worden sind beziehungsweise untergebracht waren (bitte die einzelnen JVA und auch die Anzahl der Monate auflisten)?

**Eva Gottstein**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich derzeit die Betreuungsquote von unbegleiteten minderjährigen Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern und Flüchtlingen dar, nach welchem Kriterienkatalog erfolgt die Auswahl der Betreuerinnen bzw. Betreuer und haben diese etwaige Vollmachten (z.B. Einflussnahme auf die Wahl der Schulart entgegen der Empfehlungen der Schulen etc.)?

**Ludwig Hartmann**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie soll der von ihr mehrmals erwähnte Energiewendefonds zur Deckelung der EEG-Umlage (EEG = Erneuerbare-Energien-Gesetz) genau ausgestaltet sein, über welchen Zeithorizont soll dieser Fonds wirksam sein und gibt es Überlegungen, diesen Fonds auch aus Mitteln neuer, stärker an ökologischen Kriterien ausgerichteter Energiesteuern zu speisen?

**Alexandra Hiersemann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen verzögert sich das Inkrafttreten der überarbeiteten Richtlinien zur Familien- und Sexualerziehung an Bayerns Schulen, wann werden die überarbeiteten Richtlinien zur Familien- und Sexualerziehung an Bayerns Schulen in Kraft treten und inwiefern werden die Forderungen der ultrakonservativen Gruppe „Demo für Alle“, die dem Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle am 12. September 2016 durch Vertreter der Gruppierung im Rahmen eines anderthalbstündigen „Arbeitsgespräches“ überreicht wurden, die u.a. den Passus „die Themen Hetero-, Bi-, Trans- und Intersexualität werden dabei vorurteilsfrei von der Lehrkraft angesprochen“ streichen wollen, in den bereits im Ausschuss für Bildung und Kultus am 10. März 2016 vorgestellten Entwurf einfließen?

**Christine Kamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie entsprechend dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. September 2016 auch in Bayern die Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung, die Bescheinigung über die Meldung als Asylsuchender (BÜMA), die Grenzübertrittsbescheinigung und den Ankunftsnachweis akzeptieren wird, um dem fahrerlaubnisrechtlichen Identitätsnachweis im Sinne von § 21 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) zu genügen, auch dann, wenn diese auf eigenen Angaben beruhen und wann werden die Fahrerlaubnisbehörden in Bayern zu einer Umstellung der bisherigen Praxis angewiesen?

**Annette Karl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gremien entscheiden über die Vergabe (ordentliche und Härtefallregelungen) von Zuschüssen für Baumaßnahmen von Sport- und Schützenvereinen durch Mittel, die über den Bayerischen Landes-Sportverband e.V. (BLSV) ausgeschüttet werden, und wie setzen sich diese Gremien personell bzw. fachabteilungsmäßig zusammen?

**Günther Knoblauch**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wenn ein französischer Staatsbürger (wohnhaft im Elsass) für eine deutsche Firma in Deutschland sozialversicherungspflichtig arbeitet und sein Einkommen auch in Deutschland versteuert, kann dessen französische Ehefrau, die im

- Elsass für eine französische Firma arbeitet und dort sozialversichert und steuerpflichtig ist, ihre Pflichtbeiträge zur Krankenkasse bei der Steuererklärung ihres Gatten steuermindernd ansetzen?
- Natascha Kohnen**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie sind die Pläne zu einer weiteren Förderung des Rufbussystems in Traunstein, das vor Ort eine wichtige Rolle für die Mobilität im ländlichen Raum spielt?
- Nikolaus Kraus**  
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich des Befalls von nicht heimischen Bockkäfern (Neozoen) (v.a. Asiatischen Laubholzbockkäfern - ALB) in Bayern, konnten mit den aktuellen ALB-Bekämpfungsmaßnahmen bereits Erfolge erzielt werden und wurden nach dem Fund von zwei ALB-Larven in Kelheim im April 2016 weitere Larven bzw. befallene Bäume gefunden?
- Ulrich Leiner**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, welche Verbände wurden konkret zum Gesetzentwurf zur Errichtung einer Vereinigung der bayerischen Pflege angehört, haben sich alle Verbände positiv zu diesem Gesetzentwurf ausgesprochen und wenn nein, wurden die Bedenken der kritischen Verbände aufgegriffen?
- Andreas Lotte**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Anteilen am Gesamtbestand wurden die Wohnungen der GBW ver- bzw. zugekauft (bitte Saldo aus Verkauf und Ankauf), zu welchen Anteilen haben sie ihre Mietpreisbindung verloren und welche durchschnittliche Mietsteigerung weisen sie auf (bitte aufgeschlüsselt für die einzelnen Jahre ab dem Verkauf in 2013 bis heute für die Landeshauptstadt München, den Landkreis Fürstentumbruck und Bayern insgesamt)?
- Jürgen Mistol**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, wie wird der Freistaat Bayern seinen Länderanteil an der Umsatzsteuer von rund 156 Mio. Euro zur jährlichen Entlastung von der Eingliederungshilfe im Sinne einer erhöhten Verteilungsgerechtigkeit einsetzen, sodass die Bezirke als Träger der Eingliederungshilfe von den Bundesmitteln im erforderlichen Umfang profitieren können, welche aufgabenbezogenen Entlastungen der bayerischen Kommunen - insbesondere der Bezirke - aus den Mitteln der sog. Integrationspauschale des Bundes, über deren Verwendung der Freistaat Bayern frei entscheiden kann, sind vorgesehen und ist in diesem Zusammenhang geplant, die Bezirke bei der Betreuung unbegleiteter volljähriger Flüchtlinge angemessen zu entlasten?
- Ruth Müller**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche langfristigen demografischen Auswirkungen auf die Schulleiterinnen und -leiter an den Grund- und Mittelschulen in Niederbayern hat es, dass im Jahr 2016 rund 30 Vollzeitstellen nicht besetzt werden konnten, wie viele Schulleiterinnen bzw. -leiter und stv. Schulleiterinnen bzw. -leiter in Niederbayern wurden bzw. werden in den Schuljahren 2014/2015 und 2015/2016 (bitte auch für die nächsten drei Schuljahren aufgeschlüsselt) voraussichtlich in den Ruhestand versetzt und welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, auch in den nächsten drei Schuljahren, ausreichend Schulleiterinnen

und -leiter für die niederbayerischen Grund- und Mittelschulen zu erhalten (aufgelistet nach Landkreisen und kreisfreien Städten)?

**Alexander Muthmann**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, Dr. Markus Söder im April 2015 verkündet hat, dass die Abteilung „Staats- und Landesgrenzen Bayern“ des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung mit 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von München nach Freyung umgesiedelt werden soll, frage ich die Staatsregierung, wie viele Gebäude oder Grundstücke derzeit als Option für die Unterbringung der Dienststelle geprüft werden, bis wann mit einem Ergebnis zu rechnen ist und wann geplant ist, dass die 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Freyung ihre Arbeit aufnehmen werden?

**Thomas Mütze**  
(GRU)

Da Art. 7 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 850/2004 vom 29. April 2004 über persistente organische Schadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 79/117/EWG (POP-Verordnung) Abfälle von Polystyrol-Dämmstoffen, die mit Hexabromcyclododecan (HBCD) als Flammschutzmittel ausgerüstet sind, ab 30. September 2016 als gefährlich und nachweispflichtig gelten und nur noch in Abfallverbrennungsanlagen behandelt werden dürfen, die über eine entsprechende Zulassung verfügen und bei der Entsorgung darauf geachtet werden muss, dass auch kleinste Mengen nicht in die Umwelt gelangen, frage ich die Staatsregierung in welcher Form sie die kommunalen Wertstoffhöfe, die sich nach meinen Informationen weigern, diese Stoffe überhaupt noch anzunehmen, rechtlich unterstützt, bis wann sie einen Leitfaden für die Entsorgung dieser Dämmstoffe, z.B. analog zum aktuellen Erlass des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, der diesbezüglich die Rahmenbedingungen klarstellt, erstellen wird und wie diese problematischen Dämmstoffe transportiert, gelagert und entsorgt werden sollen?

**Verena Osgyan**  
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass insbesondere von der Deutschen Gesellschaft für Psychologie betont wird, dass für die Berufsqualifizierung im Fach Psychologie ein Masterabschluss nötig ist, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Zahl der Bachelorabsolventinnen und -absolventen im Fach Psychologie an den einzelnen bayerischen Hochschulen, die diesen Abschluss anbieten, zwischen dem Wintersemester 2010/2011 und dem bevorstehenden Wintersemester 2016/2017 verändert hat (bitte nach einzelnen Semestern und Hochschulen aufschlüsseln), wie sich die Zahl der Masterstudienplätze im Fach Psychologie an den einzelnen Hochschulen zwischen dem Wintersemester 2010/2011 und den bevorstehenden Wintersemester 2016/2017 verändert hat (bitte nach einzelnen Semestern und Hochschulen aufschlüsseln) und wie sich durch diese Veränderungen die Zulassungsvoraussetzungen für die Masterstudiengänge an den einzelnen Hochschulen (NC) verändert haben?

**Prof. Dr. Michael Piazzolo**  
(FREIE WÄHLER)

Nachdem sich an mittlerweile 390 bayerischen Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen, mindestens 70 Prozent aller an einer Schule tätigen Menschen

(Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Verwaltungs- und technisches Personal) mit ihrer Unterschrift selbst verpflichtet haben, gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzutreten und hierzu auch nachhaltige, langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen zu entwickeln, um Diskriminierungen zu überwinden, sowie an der Schule einmal pro Jahr ein Projekt zum Thema Diskriminierungen durchzuführen, frage ich die Staatsregierung, inwieweit diese insbesondere die genannten Ziele, die mit dem Projekt gefördert und erreicht werden sollen, evaluiert und nachprüft, in welchem Umfang das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ durch den Freistaat Bayern bzw. (falls bekannt) durch den Bund jährlich unterstützt wird (bitte aufschlüsseln nach Landes- und Bundesmitteln, Personal- und Sachmitteln und den konkreten Aufgaben, die mit diesen Mitteln umgesetzt werden) und welche Fortbildungsangebote der Freistaat Bayern für die an der Schule tätigen Menschen, insbesondere den Lehrkräften zum Thema Diskriminierung im vergangenen Schuljahr 2015/2016 zur Verfügung gestellt hat (bitte bei den Lehrkräften nach den Angeboten der Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung in Dillingen und der regionalen Lehrerfortbildung aufschlüsseln)?

**Dr. Christoph Rabenstein**  
(SPD)

Nachdem im Jahr 2016 4,1 Prozent der genehmigungspflichtigen gemeindlichen Haushalte nur mit Einschränkungen oder unter bestimmten Maßnahmen genehmigt wurden, frage ich die Staatsregierung, wie waren diese Haushalte aufgeteilt (bitte auf die sieben Regierungsbezirke, aufgliedert in Bezirke, Landkreise und Kommunen)?

**Doris Rauscher**  
(SPD)

Da gemäß nach Art. 2 Abs. 2 des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) monatlich mindestens 51 Prozent der in einer Kindertageseinrichtung betreuten Kinder eine Buchungszeit von mindestens 20 Wochenstunden vorweisen müssen, um eine staatliche Förderung nach BayKiBiG zu erhalten, frage ich die Staatsregierung, wie bewertet die Staatsregierung hinsichtlich dieser rechtlichen Rahmenbedingungen die Situation, dass Horte zur Existenzsicherung und Förderfähigkeit auf einer Buchungszeit von 20 Wochenstunden bestehen, obwohl Eltern Buchungsstunden reduzieren wollen und müssen, wenn ihre Kinder zusätzliche Schulstunden durch freiwillige Projekte außerhalb des regulären Stundenplans wahrnehmen, wie steht diese Situation im Verhältnis zur gesetzlichen Verpflichtung der Eltern auf tatsächlich in Anspruch genommene, bedarfsgerechte Buchung von Betreuungszeiten und welche Fördermöglichkeiten haben die betreffenden Einrichtungen, wenn die Quote der Kinder mit einer Buchungszeit von 20 Wochenstunden unter 51 Prozent aller betreuten Kinder liegt?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist die aktuelle Überstundenbelastung in der Polizeiinspektion (PI) 24 Messestadt und der PI 25 Neuperlach, wie stellt sich aktuell jeweils die personelle Ist- und Sollstärke im Vergleich zur verfügbaren Personalstärke in den beiden PI dar und welche Planungen verfolgt die Staatsregierung im Hinblick auf die Personalstärke in den beiden PI?

- Florian Ritter**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, gegen wie viele Personen, die von ihr als Rechtsextremisten eingestuft werden, wurden in den letzten 15 Jahren Ermittlungs- oder Strafverfahren in Zusammenhang mit gegen Kinder gerichteten Straftaten geführt und um welche Straftaten handelte es sich dabei und in wie vielen dieser Fälle kam es zu rechtskräftigen Verurteilungen?
- Bernhard Roos**  
(SPD) Da die Personalausstattung der niederbayerischen Grundschulen und Mittelschulen unzureichend ist, frage ich die Staatsregierung, inwieweit zugunsten einer funktionierenden Mobilen Reserve im Wege von Akutmaßnahmen die Lotsenfunktion von Grundschullehrerinnen und -lehrer an Gymnasien und die Evaluation durch Lehrkräfte im Volumen von zusammen etwa 500 Stunden entsprechend 16 bis 17 Vollzeitkräften zumindest teilweise ausgesetzt werden könnten, um die allgemeine Unterrichtsversorgung zu gewährleisten?
- Georg Rosenthal**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, wie viele Masterstudienplätze stehen im Vergleich zu den letzten Jahren (seit 2013) im ersten Fachsemester im Studiengang Psychologie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg zum Wintersemester 2016/2017 zur Verfügung (mit der Bitte um eine Erläuterung im Falle einer Verringerung des Angebots an Masterstudienplätzen)?
- Franz Schindler**  
(SPD) Da die Regentalbahn AG bereits im Jahr 2014 beantragt hat, die mit Planfeststellungsbeschluss vom 1. Februar 2005 festgesetzten Werkstattarbeitszeiten im Bahnbetriebswerk Schwandorf deutlich, insbesondere auch nachts, auszuweiten und sich gleichzeitig Beschwerden von Anwohnern häufen, dass schon die bisher genehmigten Werkstattarbeitszeiten nicht eingehalten werden, frage ich die Staatsregierung, wann mit dem Abschluss des anhängigen Antrags auf Änderung des Planfeststellungsbeschlusses gerechnet werden kann und inwieweit die Einwendungen der Nachbarn und der Stadt Schwandorf Berücksichtigung finden?
- Gabi Schmidt**  
(FREIE WÄHLER) Ich frage die Staatsregierung, wie lautet die Antwort der EU-Kommissarin Cecilia Malmström vom 5. September 2016 im Volltext, auf die in der Vollzugsmitteilung der Staatsregierung über die 14. Verhandlungsrunde zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) vom 11. bis 15. Juli 2016 gemäß Beschluss des Bayerischen Landtags Drs. 17/11978 verwiesen wurde?
- Helga Schmitt-Bussinger**  
(SPD) Ich frage die Staatsregierung, welche Hochschulen in Bayern gibt es, seit wann existieren sie und wie viele Angestellte haben sie (bitte nach Stadt und Regierungsbezirk getrennt angeben)?
- Katharina Schulze**  
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, inwieweit sie Kenntnis hat, dass Neonazis aus dem Umfeld des NSU Hütten, Treffpunkte o.ä. in der Nähe des Fundortes der Leiche von Peggy K. (Umgebung von Lichtenberg/Oberfranken) besaßen bzw. nutzten, auf welchem Gegenstand die DNA-Spur von Uwe Bönhardt gefunden wurde und ob eine Kontamination der DNA-Spur von Uwe Bönhardt ausgeschlossen werden kann?

**Stefan Schuster**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie im Hinblick auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 13. Juli 2016 in der Rechtssache C-187/15, in welchem der EuGH festgestellt hat, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Art. 45 AEUV (ex-Art. 39 EGV) einer nationalen Regelung entgegensteht, nach der eine in einem EU-Mitgliedstaat verbeamtete Person, die auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis ausscheidet, um eine Beschäftigung in einem anderen EU-Mitgliedstaat auszuüben, ihre Ruhegehaltsansprüche aus der Beamtenversorgung verliert und in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert wird, wobei die aus der gesetzlichen Rentenversicherung folgenden Altersrentenansprüche niedriger als die Ruhegehaltsansprüche sind, der Auffassung ist, dass Konsequenzen aus diesem Urteil zu ziehen sind und wenn ja, welche und ob sie der Meinung ist, dass im Lichte dieses Urteils der Einführung eines Altersgeldes für aus dem Beamtenverhältnis ausscheidende Beamte in Bayern, wie es der Bundesgesetzgeber mit dem Altersgeldgesetz für freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten geregelt hat, näher zu treten ist?

**Gisela Sengl**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden nach Stand erstes Halbjahr 2016 je Landkreis untergebracht, wie hoch sind die finanziellen Aufwendungen pro Landkreis (bitte nach Landkreisen zuordnen) und wie viele Kinder zwischen 6 und 15 Jahren sind nach aktuellem Stand in den Abschiebezentren Manching und Bamberg untergebracht (bitte getrennt nach Orten angeben)?

**Kathrin Sonnenholzner**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge insgesamt und wie viele unter 18 Jahren werden in Bayern mit Antidepressiva behandelt und welche Substanzgruppen kommen dabei zum Einsatz?

**Claudia Stamm**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was kann sie unternehmen, dass mehr junge Geflüchtete die 9.000 in Bayern unbesetzten Lehrstellen besetzen können, weiß die Staatsregierung von den vielfältigen Erschwernissen wie Nichtgewährung der Fahrtkosten zur Schule wegen drohender Abschiebung, kurzfristiger Einladung zu Anhörungsterminen, sodass eine Vorbereitung kaum möglich ist und stress- und angstbedingte Fehlzeiten eine Störung des Unterrichtsablaufs zur Folge haben, und was wird die Staatsregierung dagegen unternehmen, damit die Schülerinnen und Schüler wieder dem Unterricht folgen können?

**Rosi Steinberger**  
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verstöße gegen das Tierschutzrecht wurden bei der Anlieferung von Tieren an den Schlachthof Landshut im Zeitraum 2015 bis 2016 festgestellt und wie wurden diese Verstöße im Einzelnen sanktioniert?

**Florian Streibl**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang (Vollzeitstellenäquivalente) sind bzw. werden bis 2025 in den Landkreisen Berchtesgadener Land, Garmisch-Partenkirchen, Traunstein sowie in den kreisfreien Städten Kempten und Kaufbeuren im Zuge

der Behördenverlagerung neue Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Leute tatsächlich geschaffen (Verhältnis von Versetzungen im Zuge der Behördenverlagerung und der Neueinstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern)?

**Reinhold Strobl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es für den Schafferhof in Konnersreuth (Oberpfalz) feste finanzielle Zusagen (in Euro) seitens des Freistaates Bayern gibt (z.B. aus der Städtebauförderung, Denkmalschutz, Entschädigungsfonds, Landesstiftung oder anderen Programmen) und wenn ja, ob diese Zuschüsse an ein Dokumentationszentrum gebunden sind oder auch eine Wohnbebauung finanziell gefördert würde?

**Dr. Simone Strohmayr**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Lehrerstunden standen in den Schuljahren 2015/2016 und 2016/2017 in den jeweiligen Schulamtsbezirken in Schwaben für die Verteilung auf die Grundschulen zur Verfügung (bitte einzeln aufschlüsseln)?

**Martin Stümpfig**  
(GRU)

Zu den entsprechend der „Richtlinien für die Erstellung objektbezogener Katastrophenschutz-Sonderpläne für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen sowie für Maßnahmen des Katastrophenschutzes bei kerntechnischen Unfällen“ zu erstellenden Katastrophenschutzplänen frage ich die Staatsregierung, für welche grenznahen ausländischen Atomkraftwerke Katastrophenschutzpläne in Bayern erstellt werden, welche Landkreise davon betroffen sind und welche Kooperationen mit den zuständigen Katastrophenschutzbehörden der Nachbarländer bereits vereinbart sind?

**Arif Tasdelen**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen, ausgenommen die Orientierung an der durchschnittlichen Arbeitslosenquote, sind unter den bundesweit verbleibenden 23 Agenturbezirken der Bundesagentur für Arbeit, die bisher noch an der Vorrangprüfung für Asylbewerberinnen bzw. -bewerber und Geduldete festhalten, elf bayerische Agenturbezirke, obwohl der Freistaat Bayern bundesweit die niedrigste Arbeitslosenquote ausweist und die Abschaffung der Vorrangprüfung Bürokratie abbaut und Kosten spart?

**Johanna Werner-Muggendorfer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welcher Begründung wurde die Jugendarrestanstalt Landau an der Isar, trotz der geringen Arrestantenzahl, wieder in Betrieb genommen?

**Margit Wild**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Suizide und Suizidversuche hat es in den vergangenen fünf Jahren in den bayerischen Justizvollzugsanstalten gegeben (bitte aufgeschlüsselt nach Anstalt und Jahr)?

**Isabell Zacharias**  
(SPD)

Nachdem der Freistaat Bayern zum 1. Januar 2017 für seine Gastronomiefläche im Bayerischen Nationalmuseum einen neuen Pächter sucht, frage ich die Staatsregierung, nach welchen Kriterien eine Auswahl der Pächter erfolgt und ob bei der Ausschreibung oder Auswahl besondere Konzepte, wie etwa die für einen Integrationsbetrieb, Berücksichtigung finden?

**Benno Zierer**  
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Grundlage müssen Landwirte im Nebenerwerb, die eine gesetzliche Rente beziehen, Beiträge sowohl zur gesetzlichen Krankenversicherung als auch zur Landwirtschaftlichen Krankenkasse (LKK) entrichten, obwohl sie zu Zeiten der Berufstätigkeit von LKK-Beiträgen befreit waren, wie beurteilt die Staatsregierung diese doppelte Beitrags-erhebung und sieht sie die Notwendigkeit und die Möglichkeit, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen so geändert werden, dass Landwirte im Nebenerwerb, die bereits Rentner sind, nicht als „aktive Unternehmer“ LKK-Beiträge entrichten müssen?